

### Inhalt

<b>I. Mobbing im Amt</b>	1
1. Der Fall	1
2. Die Entscheidung	2
3. Fazit	2
<b>II. Neues auf Rehmnetz</b>	2
<b>III. Beamtenblog</b>	2

## I. Mobbing im Amt

von Christian Horvat, Rechtsanwalt  
meyerhuber rechtsanwälte partnerschaft

In dieser Ausgabe soll ein Sachverhalt disziplinarrechtlich aufgearbeitet werden, der sich unmittelbar aus der Amtssphäre heraus entwickelt hat.

Es geht dieses Mal also nicht um einen Beamten, der durch zumindest vordergründig außerdienstliches Fehlverhalten in disziplinarrechtliche Nöte geraten ist.

Vielmehr geht es um innerbehördliche Konflikte, die schließlich eskaliert sind, namentlich um das vielbeschriebene Phänomen des sogenannten Mobbing. In der lesenswerten Entscheidung vom 15.12.2005 (Aktenzeichen 2 A 4.04) hat das Bundesverwaltungsgericht insbesondere auf die Verfahrensteilhabe des Betroffenen durch die Gewährung rechtlichen Gehörs hingewiesen. Es hat zudem aufgezeigt, dass auch im Beamtenverhältnis eigene Rechte nicht aus Angst vor Repressalien ungenutzt bleiben müssen.

### 1. Der Fall

Der Senat hatte über die Rechtmäßigkeit der Verhängung einer Geldbuße zu befinden, die der Klägerin, einer Regierungsamtsfrau beim Bundesnachrichtendienst, wegen des Vorwurfs von vier Dienstvergehen auferlegt worden ist.

So hatte sich die Klägerin mit einer Beschwerde an den Bundeskanzler gewandt und behauptet, sie sei durch Mitarbeiter des höheren Dienstes, die sie namentlich bezeichnet hat, gemobbt worden. Es habe „unsägliche“ Handlungen gegeben, wodurch sie auch gesundheitlich beeinträchtigt worden sei.

Gemäß der Disziplinarverfügung habe sie dadurch einen Verstoß gegen § 54 Satz 3 BBG (Pflicht zur Wahrung des Betriebsfriedens) begangen.

Die weiteren Vorwürfe, die das Gericht, anders als den erstgenannten Vorwurf, als gegeben angesehen hat, waren Verstöße gegen die Amtsverschwiegenheit und zwei Verstöße gegen die Pflicht zur Wahrung des Betriebsfriedens.



### Produktipp

Ganssen  
**Disziplinarrecht in Bund und Ländern**  
Kommentar



3.564 Seiten  
Loseblattwerk in 3 Ordnern  
€ 159,99 zzgl. Aktualisierungslieferungen  
ISBN 978-3-7685-3043-9

[\[Mehr Info\]](#)

Auch als Internetlösung verfügbar:  
Vierteljahrespreis für 3 Lizenzen –  
Mindestvertragslaufzeit 12 Monate  
€ 49,99

[\[Mehr Info\]](#)

### Das beliebte Standardwerk – jetzt noch praktischer

Unentbehrlich für die Arbeit im Bund und in den Ländern. Der „Ganssen“ informiert zuverlässig über die neue Rechtslage. Neben der Kommentierung des BDG sind die Disziplinargesetze der Länder abgedruckt und gegebenenfalls Abweichungen zum BDG kommentiert.

Eine Synopse erschließt die parallelen Paragraphen in Bund und Ländern. Dadurch ist das Werk sowohl im Bund als auch in den Ländern Gewinn bringend einsetzbar. Die für die Arbeit im disziplinarrechtlichen Bereich unverzichtbaren ergänzenden Vorschriften sind ebenfalls alle abgedruckt.

Zusätzlich enthält das Werk verschiedene Mustertexte für Praktiker (z.B. Einleitungs-/Einstellungsverfügung, Ladung, Protokoll, Disziplinarklage) und Schaubilder.

## 2. Die Entscheidung

Unser Augenmerk wollen wir hier insbesondere auf die Ausführungen des Bundesverwaltungsgerichts zum ersten Vorwurf richten.

Es hatte nämlich sehr instruktiv dargestellt, dass und in welchen Grenzen auch gegenüber Dienstvorgesetzten Kritik geäußert werden darf. Das Gericht hat klargestellt, dass im Falle berechtigter Interessen auch kritische Bemerkungen erlaubt sind.

Auch den Betreff „Mobbing im Bundesnachrichtendienst“, der der Beschwerde vorangestellt war, wurde noch als zulässig angesehen.

So hat das Bundesverwaltungsgericht wie folgt ausgeführt:

„Nach ständiger Rechtsprechung darf der Beamte seine Rechte und Interessen gegenüber seinen Vorgesetzten und seinem Dienstherrn in Beschwerden und Eingaben mit Nachdruck verfolgen und dabei mit freimütiger und offener Kritik sowie möglicherweise auch mit harten Worten für seine Sache eintreten. Kritische Wertungen gegenüber Vorgesetzten und Kollegen sind im Rahmen der Rechtswahrung des Beamten dann zulässig, wenn diese eine sachliche Grundlage haben und auch für die Gegenseite erkennbar dem sachlichen Ziel der Rechtswahrung dienen. Der Beamte darf seine Meinung zu tatsächlichen Umständen auch ohne Rücksicht auf deren Erweisbarkeit vorbringen, wenn er von ihrer Richtigkeit ausgeht und dafür tatsächliche Anhaltspunkte hat. Macht der Beamte von seinem Recht Gebrauch, ... darf er wegen dieser Tatsache weder dienstlich gemaßregelt noch benachteiligt werden ... die Grenze ist ... überschritten, wenn der Beamte wider besseres Wissen oder unter Verletzung der ihm zuzumutenden Sorgfalt unwahre Behauptungen aufstellt, Vorgesetzte oder Kollegen diffamiert oder vorsätzlich gegen Strafbestimmungen verstößt.“

Sodann – und dies sollte im Falle eigener gleichgelagerter Probleme beachtet werden, arbeitet der Senat heraus, dass es im vorliegenden Fall ernstzunehmende objektive Anhaltspunkte gegeben habe, die für die Mobbingvorwürfe der Klägerin gesprochen haben. Das waren zum einen Aussagen von Kollegen. Zum anderen waren dies etwa auch ärztliche Atteste. Auch mit der Wortwahl der Klägerin, etwa indem sie „unsäglich“ Handlungen geschrieben hat, wurde geprüft und näher definiert als „unaussprechliche, außerordentliche Handlungen“.

Betont hat das Gericht auch, dass dem Betroffenen keine objektive Beweislast für den Vollbeweis der Richtigkeit seiner Schlussfolgerungen trifft.

## 3. Fazit

Sollten Sie in die Situation geraten, dass Sie Opfer sogenannter Mobbingübergriffe werden, empfiehlt es sich, Kritik sachlich vorzubringen. Sinnvoll ist eine rechtzeitige Sicherung von Belegen für das Fehlverhalten des Kollegen bzw. Vorgesetzten.

Sollte sich abzeichnen, dass die Fronten sich verhärten, lohnt es sich, rechtzeitig fachkundigen Rat einzuholen.

*Dr. Christian Horvat  
Rechtsanwalt*

## II. Neues auf Rehmnetz

**News:** [Quo vadis Beamtenrecht?](#)

**News:** [Tagungsbericht zum 12. Potsdamer Forum](#)

**Gesetzgebung:**

[Niedersachsen: Regelstundenzahl für beamtete](#)

[Lehrkräfte wird auf 24,5 Unterrichtsstunden erhöht](#)

## III. Beamtenblog

Jede Woche bloggt unser Experte Dr. Maximilian Baßlsperger auf rehmnetz.de zu aktuellen Themen rund ums Beamtenrecht. Die neuesten Beiträge:

[Stillzeiten für Kinder von Beamtinnen](#)

[Ärztliches Attest bei vorübergehender Dienstunfähigkeit](#)

[Heimatplan Bayern: Mehr Telearbeitsplätze und Heimarbeitsplätze für Beamte – Teil II](#)

## Der Blog zu Pro & Contra der Reform!



Von und mit Dr. Maximilian Baßlsperger. Er ist Experte auf dem Gebiet des öffentlichen Dienstrechts und seit 15 Jahren als Kommentator für das Bayerische Beamtenrecht tätig.

[\[Direkt zum Blog\]](#)